



Kommentar

Peter Bußjäger

Späte Erkenntnis

In der Diskussionsendung „Im Zentrum“ vom vergangenen Sonntag ging es um die von der Bundesregierung beabsichtigte Beschränkung des Stundenlohns von Asylwerbern für gemeinnützige Tätigkeiten auf 1,50 Euro. Nach derzeitiger Rechtslage sind

„Er will dies ändern und den **möglichen Zuverdienst** einheitlich auf einem niedrigen Niveau von eineinhalb Euro fixieren.“

maximal fünf Euro pro Stunde zulässig, insgesamt darf der Asylwerber nicht mehr als 110 Euro pro Monat zur Grundversorgung verdienen.

Keine Win-win-Situation

Durch die bisherige Regelung konnten Asylwerber immerhin ein paar Stunden für Gemeinden Dienste im öffentlichen Interesse verrichten und einen kleinen Betrag dazu verdienen, ohne den Arbeitsmarkt für diese Personengruppe gänzlich zu öffnen, was politisch nicht gewollt war. Damit wurden auf der einen Seite die Integrationsfähigkeit erhöht und gleichzeitig Arbeiten erledigt, für die sonst nicht so leicht jemand zu finden gewesen wäre. Die Ökonomen sprechen in solchen Fällen von einer sogenannten Win-win-Situation.

Die bestehende Regelung ist übrigens das Ergebnis einer ständigen Zentralisierung. War es zunächst Gemeinden und Sozialeinrichtungen überlassen, Asylwerber einen geringen Zuverdienst zu verschaffen, wurde

diese Möglichkeit im Laufe der Jahre von Bundesgesetzgeber und Innenministerium immer weiter eingeschränkt und an immer restriktivere Voraussetzungen gebunden.

Aber selbst das ist für Innenminister Kickl noch zu großzügig. Er will dies ändern und den möglichen Zuverdienst einheitlich auf einem niedrigen Niveau von eineinhalb Euro fixieren. Das wird in Zukunft zu keiner Win-win-Situation mehr führen: Der Anreiz zu arbeiten dürfte dadurch sinken.

Belassen wie bisher?

In der Diskussionsendung meinte ein Gewerkschaftsfunktionär und Nationalratsabgeordneter fast schon verzweifelt, es wäre doch viel besser, wenn Länder und Gemeinden den Stundenlohn für Asylwerber wie bisher selbst innerhalb der bestimmter Grenzen festlegen könnten.

Der Mann hat grundsätzlich recht. Seit die Bundesregierung, erst bei der Mindestsicherung und jetzt beim Stundenlohn für Asylwerber, dazu übergegangen ist, aus bisherigen Mindeststandards Höchststandards zu machen, erfahren mehr und mehr Leute, dass die bisher so verteilte Uneinheitlichkeit auch ihre Vorteile hat. Leider kommt die Erkenntnis etwas spät und sie wirkt bei Leuten, die sonst bei jeder sich bietenden Gelegenheit nach noch mehr Zentralismus rufen, auch nicht besonders glaubwürdig.



PETER BUSSJÄGER
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.